

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1923

12.7.1923 (No. 157)

Badischer Beobachter

Regulärpreis monatlich: In Karlsruhe durch Träger M. 17500; in d. Abholstelle Karlsruhe M. 16500; auswärts (Deutschland) durch die Post M. 17500; Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt M. 800.—

Verleger: Geschäftsstelle 535.

Verlegerin und Herausgeberin: M. v. G. „Badenia“ (Wihelm Jöhner, Direktor), Notationsdruck der „Badenia“ M. v. G., Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter, Postfach-Konto Amt Karlsruhe 484.

Erscheint wöchentlich einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familien- und „Jugendfreund“. — In Fällen von höherer Gewalt bedient kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Inhalt der Beilagen: „Kommunisten“ 1/2 Bl. 1/2 Bl.

Dauerschriftleiter: J. Th. Meyer, Verantwortlich für badische, Reichs- und auswärtige Politik: Th. Meyer; für den Familien- und Jugenddienst, Handelsteil und den übrigen redaktionellen Teil: Th. Meyer, für die Beilagen: A. B. Müller, inwärtig in Karlsruhe. Anzeigenpreis: 1 Spalte, 1 mm hoch, 400.— pro 1000 Zeilen (1000). — Bei Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Beilagenzahlung keine Rückzahlung, der bei 30-tägiger Beilagenzahlung und bei Kontoschluss monatlich. Herausgeber: Redaktion 572.

Vom Tage.

Der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das Markenbrot-Getreide wird ab 23. Juli von 800 000 Mark für die Tonne auf im Durchschnitt 2,4 Millionen Mark erhöht werden.

Im Reichstagsauschuss für Post und Telegraphenwesen teilte der Reichspostminister mit, daß der Fehlbetrag der Post 8 1/2 Millionen Mark beträgt. Ab 1. September soll über die Anstufung der Post eine weitere erhebliche Erhöhung der Tarife in Kraft treten.

Die Diskonterhöhung, die man anlässlich der einberufenen Sitzung des Zentralausschusses des Reichsbank erwartete, ist nicht eingetreten.

Eine weitere Umstrukturierung in der Berliner Metallindustrie ergab nicht die erforderliche Minderleistung zur Fortführung des Streiks, der Freitag abgebrochen werden soll.

In der Schweiz wird in den nächsten Tagen der Diskontsatz von 3 auf 4 Prozent heraufgesetzt.

Der englische Arbeiterführer Ben Tillet beprach die Kriegsmöglichkeiten zwischen England und Frankreich und betonte, die europäische Arbeiterfront müsse geschlossen gegen die Kriegstreiber eintreten.

Der französische Senat nahm mit 24 Stimmen Mehrheit die Ratifikation des Washingtoner Vertrags über die Küstenschutzbestimmungen zur See an.

Benisch hatte gestern ein Frühstück mit Lord Curzon. Es heißt, daß er Besprechungen wegen der Auflegung einer schiedsgerichtlichen Nationalanleihe führen will.

Im englischen Unterhaus wurde gestern kurz auf das Kaufmanns Ergebnis eingegangen. Die Sachverhältnisse werden nunmehr die endgültigen Entwürfe für den Orient-Friedensvertrag festlegen.

Die schiedsgerichtliche Wahlreform in Italien gilt nach dem Rücktritt Sturzos als gescheitert.

Die italienisch-südwestlichen Finanz-Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen.

Am 17. Juli findet in London zwischen französischen, spanischen und englischen Sachverständigen eine weitere Konferenz über die Langerfrage statt.

Der polnische Finanzminister Lunde, ist, wie zu erwarten war, zurückgetreten.

Aus dem kulturellen Leben Badens.

Das Bad. Statist. Landesamt hat jenseits Nr. 6 der Statistischen Mitteilungen des Jahres 1923 erscheinen lassen. Bemerkenswert sind darin besonders einzelne Angaben aus der Moralstatistik und aus dem kirchlich-religiösen Leben. Auf diesen Gebieten hat man den Eindruck, daß gewisse Erscheinungen, die mit dem Krieg und seinen unmittelbaren Folgen zusammenhängen, nunmehr wieder zurückgehen, um dem Normalzustand Platz zu machen.

Die Zahl der Ehescheidungen, die in Baden nach Kriegsende stark zugenommen und im Jahre 1920 mit 1142 Fällen fast das Dreifache des Vorkriegsjahres 1913 erreicht hatte, ist in den beiden letzten Jahren, wenn auch unbedeutend zurückgegangen. Keine Ehescheidungen sind wie früher schon in den vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirken Wolfach und Fullendorf zu verzeichnen. Auffallend ist die große Zahl der Ehescheidungen (fast ein Drittel aller Fälle), die auf Mischehen entfallen. Durch Verschulden des Mannes sind in dem vergangenen Jahre 480, durch das der Frau 259 und durch beiderseitiges Verschulden 252 Ehen geschieden worden. Von Interesse ist noch die Feststellung, daß im Berichtsjahr 25 Ehen für nichtig erklärt wurden.

Die vielen Ehescheidungen nach dem Krieg waren zum großen Teil eine Folge der im Krieg geschlossenen Ehen, die oft aus sehr unglücklichen Gründen zustande kamen, dann aber auch der Lockerung des sittlichen Bewusstseins, die durch das lange Getrenntsein der Ehegatten bedingt war. Sehr zu beachten ist der Einfluß des vorübergehenden Bekennnisses auf die Ehescheidung. Es wird kein Festhalten sein, wenn man annimmt, daß die größere Bewusstseinshaftigkeit bezw. der größere Ernst bei der Ehescheidung bei denen ist, die auch religiös gewissenhaft sind. Daß die Städte weitläufig die größere Zahl von Ehescheidungen aufweisen, hängt mit der ganzen städtischen Kultur zusammen, die für die ernste sittliche Auffassung sich von jeher als wenig förderlich erwiesen hat. Das Leben in den größeren Städten macht schwache Charaktere oberflächlich im sittlichen Urteil und jetzt daher die vorgenannten Erscheinungen im höheren Maß als das Landleben, während es auf starke Charaktere gerade den umgekehrten Einfluß ausübt, d. h. sie fester macht im fortwährenden Kampf und Widerspruch der Meinungen und Sitten.

Auch die Zahl der Austritte aus der katholischen und evangelischen Kirche, die allerdings von der offiziellen Statistik nicht immer ganz zuverlässig erfasst werden, hat nach dem Krieg eine stärkere Zunahme erfahren. Im Jahre 1922 ist sie wieder zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Kirchenaustritte hatte 1921 (einschließlich Kinder) 3898 betragen und zwar bei der evangelischen Landeskirche 2021, bei der katholischen 1877 Personen. Im Jahre 1922 betrug die Gesamtzahl 2434, fast die Hälfte weniger, als im Jahre 1920. Die Zahl der Mischehen ist in Baden im Jahre 1922 mit 4468 der des Vorjahres mit 4456 fast gleichgeblieben. Am geringsten ist die

Zahl der Mischehen in den vorwiegend landwirtschaftlichen Bezirken, die bekennnismäßig auch einen einheitlichen Charakter tragen, am höchsten in den großen Städten. Der Krieg und seine Erfahrungen, der dann und wann im Krieg zu verzeichnende Mangel an Seelensorgern, insbesondere auch bei den im Feindesland Gefangenen, haben manchen, der sonst religiös gesinnt ist, aus dem Geleis gedreht. Die Schrecken und die furchtbare Not des Krieges, die Ungerechtigkeiten des Friedensschlusses mit ihren Folgen verwirren manche schwache Geister, so daß sie zu Zweifeln werden. Sie meinen, Gott könne ein so furchtbares Unglück nicht zulassen und Materialisten und sonstige Ungläubige suchen daraus Kapital für eine Propaganda des Iriglaubens. Der in seiner christlichen Überzeugung geübte und sich durch religiöse Lebenseinstellung auszeichnet und weiß allerdings, daß der Krieg eine Folge der Störung der sittlichen Ordnung unter den Völkern ist und infolge dessen furchtbare Leid mit sich bringen muß. In dem Schicksalsdrama „König Heinrich VI.“ (2. Teil) sagt einmal der Ritter Clifford vom christlichen Standpunkt aus tief erschüttert: „Der Krieg ist ein Sohn der Hölle, der menschlichen Bosheit und Ungerechtigkeit; des Himmels Jörn über das von den Menschen verschuldete Böse überläßt die Menschen im Krieg den Folgen ihrer eigenen Bosheit und Schädlichkeit, damit sie sehen sollen, wie weit die Völker mit der Verletzung der göttlichen Gebote der Liebe und Gerechtigkeit kommen. Die Furchtbarkeit des Krieges kann daher den aufklärten Christen nicht zum Zweifel und Ungläubigen machen, sondern muß ihn im Gegenteil davon überzeugen, daß Gott die Welt regiert und die Menschen durch schämige Erfahrungen zu der Erkenntnis führt, daß nur auf Gehorsam gegen Gottes heiliges Gebot auch das irdische Glück gegründet werden kann. Darum führen die Schrecken des Krieges den tiefer Denkenden nur näher zu Gott. Man sieht daraus, wie notwendig gerade religiöse Aufklärung ist und man täusche sich nicht, wenn die Austrittsbewegung jetzt, wo wir uns immer weiter vom Krieg entfernen, abflaut. Wo die religiöse Aufklärung und die ernste religiöse Betätigung fehlen, da bricht neue Not in Zukunft die gleichen Erscheinungen hervor. Es ist daher falsch, wenn man von gewisser Seite immer wieder behauptet, Herrschgüßte seien der Grund, warum von unserer Seite die Religion als Hauptziehungsfaktor angesehen wird. Nicht Herrschgüßte sind der Grund, sondern das Bewußtsein, daß das Glück der Menschen auf religiösem Boden am besten gedeiht. Nicht unsonst haben auch Goethe, wie Goethe, den Wert der Religion und gerade der christlichen Religion, ebenfalls mit Bewunderung anerkannt. Wenn Goethe, wie im Volksmund jemand feststellte, nicht mit gleicher Schätzung auch den Vertretern der Kirche gegenüberstand, so beweist das eben nur die allgemeine bekannte Tatsache, daß alles Menschliche unvollkommen ist und das Ideal nur von verhältnismäßig wenigen erreicht wird. Das ändert aber nichts daran, daß die Liebe der Religion und die religiöse Aufklärung nur in und von der Kirche befohrt wird und die Religion mit all ihrer Verehrung und Begünstigung der Menschen ohne Kirche längst vertümmert wäre.“

Vor der Erklärung der englischen Regierung.

London, 11. Juli. Die Reuters-Agentur veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß von autoritativer Seite das Gerücht eines Bruchs mit Frankreich zurückgewiesen werde. Weiterhin heißt es: Obwohl sich über die Natur der für Donnerstag angekündigten Erklärung des englischen Kabinetts nichts sagen läßt, kann man mitteilen, daß sie den Zweck haben soll, der Welt offen die Vorklage der englischen Regierung darzulegen. Für ein Zusammenarbeiten zwischen England und Frankreich sollen nach wie vor weitgehende Möglichkeiten bestehen und man habe die aufrichtige Überzeugung, daß die französische Regierung Mittel und Wege finden werde, der englischen Politik beizutreten. Sollte sich indessen die Notwendigkeit ergeben, daß England gesondert vorgeht, so betone man, daß Frankreich keinerlei, ebenfalls schon selbstständig Deutschland gegenüber vorgegangen ist und zwar das erste Mal als es die Ruhr besetzte und das zweite Mal, als es auf das erste deutsche Angebot ohne Beratung mit England antwortete. — Lord Curzon soll den französischen Volschaffter darüber beruhigt haben, daß die englische Regierung keinen Bruch mit Frankreich ankündigen werde.

Paris, 11. Juli. Die Pariser Morgenblätter nehmen auf Grund der gestern abend bekanntgegebenen Reutersnotiz an, daß die Gefahr eines unmittelbaren Bruchs mit England abgewandert sei. Merkwürdigerweise ist es der Petit Parisien, der sich relativ am meisten pessimistisch zu der Reutersnotiz verhält. Das Blatt schreibt für diejenigen, die die Geistesfassung des Kabinetts Baldwin erkennen, sei eine Verankerung, wie sie in der Reutersnotiz zum Ausdruck kommt, überflüssig. Das englische Kabinettscheine unter Verbeibaltung des Grundgedankens der Entente cordiale an eine getrennte diplomatische Aktion gegenüber Deutschland zu denken. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die englische Regierung de facto sich von Frank-

reich trennen will und trotz seiner Sonderaktion mit den früheren Verbündeten im freundschaftlichen Einvernehmen zu bleiben wünscht.

Der Inhalt der englischen Regierungserklärung.

London, 11. Juli. Das englische Kabinet hat in seiner heutigen Sitzung den endgültigen Text der Regierungserklärung festgesetzt, in der nach dem grundsätzlichen Bekanntgeben des englischen Programms Frankreich nochmals aufgefordert wird, sich der englischen Politik anzuschließen und Deutschland der Rat erteilt wird, durch Abbau des passiven Widerstandes zukünftige Verhandlungen zu erleichtern.

Ein englischer Arbeiterführer zur Situation.

London, 12. Juli. Ben Tillet, der bekannte Arbeiterführer und Mitglied des Unterhauses, gab heute in einer Ansprache im Transportharbeiterverband der englischen öffentlichen Meinung herbeiden und vielversprechenden Ausdruck. Er forderte die Arbeiter auf, den Ministerpräsidenten in der gegenwärtigen Krisis zu unterstützen, der zwar einer der schärfsten Männer sei, die die Ministerpräsidenten hätten erlangen können, der aber in seiner Absicht, der Diplomatie zu übersehen, die uns in einen neuen Krieg schleife, wie sie uns vor jeder in alle bekannten Kriege geschleift habe, von allen Arbeitern unterstützt werden müsse. Wir befinden uns tatsächlich in einem neuen Krieg, von dem wir nur befreit werden können, wenn man Deutschland rette und Frankreich rette. Tillet sagte, er sei davon überzeugt, nur ein Krieg oder die Drohung mit einem solchen werde Frankreich aus Deutschland entfernen. Die Arbeiter müßten ihrer Verantwortung eingedenk sein und in unmissverständlicher Weise erklären, daß es keinen Krieg mehr geben darf. Sie müßten allen ihren Einfluß auf die deutschen und französischen Arbeiter aufbieten, um diese zu einer gemeinschaftlichen Front gegen die Kriegstreiber zu bestimmen.

Die Lage von Deutschlands schlechtem Willen.

Berlin, 10. Juli. Halbamtlich wird gegen die Neußerungen des franz. Außenministers Reibel über die deutschen Sachleistungen usw. eine Gegenklärung des Reichsministers für Wiederaufbau, Albert, verbreitet. Es heißt darin, der Wortwurf, daß die sog. La Troquerischen Pläne Verstoßungspolitik getrieben habe, ist bereits in der auf der Pariser Konferenz vorgelegten Denkschrift über deutsche Sachleistungen erhoben worden. Nachdem die deutsche Regierung durch die Note vom 22. Dezember 1922 der französischen Regierung ausdrücklich mitgeteilt habe, daß sie bereit sei, den Staatssekretär Pfleger für die Verhandlungen zur Verfügung zu stellen, falls die französische Regierung ihre Aufnahme wünsche, hätten die Verhandlungen sofort beginnen können. Auch die Stillfälligkeit der Verhandlungen unter Berücksichtigung der französischen Vorwürfe ist festgestellt worden, insbesondere ist bereits damals darauf hingewiesen worden, daß die Lieferungen im Betrage von jährlich 30 000 Tonnen im Monat noch nicht beendet wären, daß vor deren Beendigung Frankreich kein Recht habe, weitere Forderungen auf diesem Gebiet zu stellen, und daß weiterhin die Forderung von 300 000 Tonnen, also, ein 10faches des im Verfallter Vertrag vorgelegenen Standpunktes gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrages eine unverständliche Ueberforderung darstellt. Würde außerdem Frankreich seine eigenen vorhandenen Werte voll in Betracht nehmen, so käme es daraus, ohne eine Tonne Kohle mehr zu verwenden, fast die gleichen Stillstoffmengen erhalten, die es damals von Deutschland anforderte. Dieser Sachverhalt dürfte wohl genügen, um die Sinnlosigkeit der französischen Forderung vor aller Welt klar zu stellen. Das Stinnes-Lubersack-Abkommen vom 30. August 1922, sowohl wie die zwischen den deutschen und französischen Bauarbeitern und Bauorganisationen geführten Verhandlungen stellen rein private Verhandlungen deutscher und französischer Privatpersonen und Organisationen dar, an denen die deutsche Regierung ebenso wenig beteiligt ist, wie die französische. Die deutsche Regierung hat indessen diese Verhandlungen in jeder Weise unterstützt. Wenn Minister Reibel behauptet, daß auf Grund des Abkommens nur unvollständige Lieferungen erfolgt seien, so unterläßt er darauf hinzuweisen, daß dieses Abkommen erst im Anknüpfen vergangenes Jahres geschlossen wurde. Es ergibt sich hieraus von selbst, daß im Jahre 1922 die Lieferungen noch keinen allgütigen Umfang erreichen konnten. Wenn eine Verzögerung entstanden ist, so fällt sie dem französischen Wiederaufbau-Ministerium selbst zur Last. Letzteres hat sich nicht entschließen können, die in dem Abkommen enthaltene Bestimmung zu genehmigen, wonach die zur Herstellung des Baumaterials erforderlichen Kohlen aus den deutschen Lieferungen freigegeben werden sollten. Ferner konnten auch die anderen geplanten Vereinbarungen damals keine praktische Auswirkung erlangen, weil die Zustimmung der französischen Regierung zur Beschäftigung deutscher Arbeiter in den zerstörten Gebieten nicht erteilt wurde.

Baden, Rhein und Ruhr.

Eine Halbjahres-Ruhebilanz.

Berlin, 12. Juli. Aus den bisherigen halbamtlichen Veröffentlichungen über das Ergebnis des Ruhrreinbruchs ist folgendes mitgeteilt: Durch französische und belgische Truppen wurden 93 Deutsche hingerichtet, 9 Deutsche zum Tode verurteilt, 50 000 Deutsche wurden hingerichtet. Die Gesamtzahl der Freiheitsstrafen beträgt rund 1000 Jahre, in einzelnen 967 Jahre, 7 Monate, 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit.

Zwei Personen wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit verurteilt. Die Gesamtzahl der Gefangenen beträgt 1,64 Millionen Mark und 108 069 Franken. Von Hans und Sof vertrieben wurden 75 714 Personen. Im preussischen Einbruch- und Sanktionsgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schulklassen für 50 000 Schüler bzw. Schülerinnen beschlagnahmt.

Der Erfolg aller französisch-belgischen Verbrechen im Ruhrgebiet ist lässlich. In der Zeit vom 11. Januar bis 30. Juni sind für Frankreich und Belgien insgesamt 478 700 Tonnen Kohlen, 515 200 Tonnen Koks, zusammen 993 900 Tonnen abgefahren worden. Im Monat Dezember 1922 betrug die deutsche Lieferung aus dem Ruhrgebiet 677 425 Tonnen Kohlen und 531 310 Tonnen Koks; zusammen 1 208 735 Tonnen. Im Januar 1923 bis zum Ruhrreinbruch, d. h. in 34 Tagen wurden von Deutschland geliefert 214 373 Tonnen Kohlen und 195 647 Tonnen Koks, zusammen 410 020 Tonnen, d. h. die in etwa Hälfte der in fast sechs Monaten von den Franzosen geraubten Mengen Kohlen und Koks.

Die Leiden der zurückgebliebenen Gesamt-n.

Düsseldorf, 11. Juli. Nachdem in der vorigen Woche wegen ihrer Weigerung in französischen Dienst zu treten sämtliche Beamte des Hauptzollamtes Düsseldorf mit Familien, etwa 180 Personen, gewalttätig ausgemietet worden sind, sind gestern die Beamten des Hauptzollamtes Duisburg mit ihren Familien, etwa 250 Personen, aus Hans und Schmar vertrieben worden.

England gegen den Geiseltaral.

Paris, 11. Juli. Der Matin meldet aus Köln, daß die englischen Beziehungen-Behörden die Mitführung von deutschen Geiseln auf den das englische Gebiet durchziehenden Regierungen nicht zulassen. Obwohl der Einbruch mit formalen Bedenken begründet werde, beinträchtigt er die Gemeinwohl der Alliierten in der besetzten Zone gegenüber den Deutschen in sehr bedenklicher Weise.

Die Untersuchung der Duisburger Explosion.

Berlin, 11. Juli. Bis zur Stunde haben sich die Nachrichten über die Ursachen noch nicht über die Gewißheit verbreitet. Es steht nur, daß das französische Nachrichtenblatt in Duisburg gestern einen Steckbrief gegen die vermeintlichen Attentäter veröffentlichte. Ueber Namen, Nationalität usw. ist in dieser Persönlichkeitsbeschreibung nichts gesagt. Doch scheint es, wie auch in der Bevölkerung gefolgert wird, sich nicht um Deutsche zu handeln. — Nach einer weiteren Nachricht sollen ein Franzose und ein Argentinier als vermutliche Attentäter verhaftet worden sein.

Die französischen Uebergriffe bei Soest und auf dem Becken.

Dortmund, 12. Juli. Auf dem Bahnhof Obereding haben die Franzosen eine Fernsprecherbindung nach dem Stillwerk Soest hergestellt. Eingriffe in den Betrieb sind noch nicht erfolgt. Der französische Betrieb auf der Strecke Gladbeck-Bestert wurde eingestellt. Die Räumung der Kohlenvorräte auf Behe Blumenthal und König Ludwig bei Beckinghausen-Süd ist beendet. Die Beche wurde wieder freigegeben.

Innere Politik.

Das Finanzfeld des Reiches.

Berlin, 11. Juli. Die Uebergriffe über die Finanzgebarung des Reiches in der dritten Junidatade zeigt angesichts der fortschreitenden Markverschlechterung weiterhin ein sehr unerschütterliches Bild. Die finanzielle Bekämpfung des Reiches kommt mit aller Deutlichkeit in den Annahmen der schwedischen Schuld von 7661,8 Milliarden zum Ausdruck. Die direkte Ursache für dieses Anwachsens der schwedischen Schuld von 14 957,9 Milliarden auf 23 019,6 Milliarden liegt in der notwendigen Bereitstellung der zur Auszahlung der Vierteljahrs- und Monatsbezüge an die Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten, sowie die Pensionäre und sonstigen Fürsorgeberechtigten erforderlichen Mittel, ohne daß die Steuererlöse dem entsprechenden Kosten, aber auch in dem erhöhten Geldbedarf für die Ausgaben in Ausführung der des Friedensvertrages und zur Abwehr der durch den Einbruch in das Ruhrgebiet hervorgerufenen wirtschaftlichen Schäden. Eingezahlt wurden während der Berichtperiode vom 21. bis 30. Juni an Steuern, Zöllen und Gebühren und zwar nach Abzug der von den Oberfinanzstellen und Finanzstellen in den letzten drei Monaten geleisteten Ausgaben 149,8 Milliarden gegenüber 200,8 Milliarden in der vorigen Periode. Die Ueberlieferung der Oberfinanzstellen mußten um diesen Betrag zurückgehen, da für die Bewältigung erhebliche Beträge zurückbehalten und die Geldentwertung bei dem Steuererlösen erst später in die Erscheinung tritt. Die Einzahlungen für die Zwangsanleihe betragen 6 Milliarden. Für die Ausführung des Friedensvertrages wurden in ausländischer Währung Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 321 Milliarden Mark geleistet. Für die übrigen Reichsverwaltungen und Leistungen in Ausführung des Friedensvertrages in ausländischer Währung betragen die Auszahlungen 4694,2 Milliarden. Die Zinsen für die schwedische Schuld betragen 451,9 Milliarden. Die Ausgaben für die Betriebsverwaltung betragen, soweit die Reichseisenbahn in Frage kommt, 2350,2 Milliarden. Im Betrage der schwedischen Schuld sind Zahlungsverpflichtungen mit mehr als dreimonatiger Laufzeit in Höhe von 20,7 Milliarden enthalten.

Pannkuch
Cinetroffen!
Ne: e Ital.
Kartoffeln
Neue
Matjes-heringe
Neue
Bwiebeln
(Staliener)
Pannkuch
schonlichsten und gut
Atelier
Fausch & Pester
Erbrinzensr. 3.
Witwer, Ende 40, noch
gund. Erh., gesund
leid. Anhab. einer angekl.
Krohnhandelsfirma in
Hins. Finanz. Verhältnisse
sind unv. mündl. wünscht
sich repräsent. Charakter,
Name, W., (Fr. o. W. No. 1000
ne Kund) nicht
ung. wabr. Herrsch.
s. abholgt gut Familie
ichtig im Haushalt, zweck
Heirat
Verbindung in treten
men, die sich nicht fühlen,
ein Haushalt von
leben u. in der Lage
d. ein Mann in einem
ell. glückl. Familien
zu verheiraten, werd.
S. inredung u. Ang.
m. mögl. Verfügung u.
d. Erwerbseinkommen
bedingung anach. Verbrü-
liche Verm. berechnen
s. durch Verwandte,
ern un. gestatter
Angeb. nrt. Nr. 232
die Geiselt. ist. d.
d. Beob. erbeten.
Veranstaltungen.
Juli.
Schlussprüfungen,
hr Mittelklassen.

